

BEKENNEN UND HERUMDRUCKSEN

// Die Wahlprogramme 2017 zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Angesichts der drastisch erhöhten Zahl bewaffneter Konflikte und der Ungewissheit über den politischen Kurs der USA heißt es von vielen Seiten, Deutschlands internationale Verantwortung sei gewachsen. Das umstrittenste Mittel zur Übernahme einer solchen Verantwortung sind Auslandseinsätze der Bundeswehr, vor allem die mit Mandat zur Anwendung militärischer Gewalt. Kontroversen über laufende oder anstehende Beteiligungen an solchen Einsätzen haben Wahlen und Regierungsbildungen mitentschieden. Wie stehen die Parteien vor der Bundestagswahl zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr? Nicht alle präsentieren eine klare Position oder begründen ihre Haltung.



Wahlkampf in Berlin zur Bundestagswahl 2017 (Foto: © dpa)

von Thorsten Gromes

Der folgende Überblick stützt sich auf die ausführlichen Wahlprogramme der Parteien, die Umfragen zufolge gute Chancen haben, in den Bundestag einzuziehen. Er berücksichtigt Aussagen mit erkennbarem Bezug zu Auslandseinsätzen. Bei der AfD belaufen sie sich auf allenfalls 120 Wörter, beim Programm von CDU/CSU auf höchstens 240. Die SPD schreibt nicht viel mehr (ca. 260), aber deutlich konkreter. Länger äußern sich FDP (360), die Linke (460) und Bündnis 90/Die Grünen (500). Das Stichwort „Auslandseinsätze“ erfasst ein breites Spektrum von Aktivitäten: von der Entsendung von Sanitätssoldaten über Beobach-

tungs- und friedenserhaltende Missionen bis hin zu Kampfeinsätzen. Manche Einsätze beschränken sich auf eine Handvoll Soldatinnen und Soldaten, an anderen nehmen mehrere Hundert oder Tausend teil.

Grundsatzpositionen

Während CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP Auslandseinsätze der Bundeswehr in bestimmten Situationen für erforderlich halten, bezieht die Linke Gegenposition. Die AfD zeigt keine klare Haltung.

Es mutet beiläufig an, wie die Unionsparteien Auslandseinsätze thematisieren: „Wir stehen zur Bundeswehr (...) und werden dafür sorgen, dass sie ihre Aufgaben auch künftig erfüllen kann in den Einsätzen weltweit, bei der Bündnis- und Landesverteidigung und bei Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen in der Heimat“. Etwas versteckt in einer Aufzählung signalisieren CDU und CSU, Auslandseinsätze auch für die Zukunft als Mittel der Politik zu sehen. Auf weitergehende Begründungen verzichten die Unionsparteien.

Die SPD schreibt: „Wir bekennen uns zu modernen und leistungsfähigen Streitkräften, die über angemessene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie zur internationalen Krisenbewältigung verfügen müssen“. Allerdings knüpfen die Sozialdemokraten Auslandseinsätze an Bedingungen, die noch zur Sprache kommen.

Im Zuge der Kriege in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo haben sich die Grünen im heftigen innerparteilichen Streit von ihrer einst strikten Ablehnung von Auslandseinsätzen verabschiedet. Zur Bundestagswahl 2017 legen sie dar: „Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Wir erkennen jedoch an,



dass es Situationen gibt, in denen militärische Gewalt (...) als äußerstes Mittel gerechtfertigt sein kann". Sie fordern, Deutschlands zivile und militärische Beiträge zu Friedensmissionen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu erhöhen.

Die FDP erklärt: „Wenn es (...) die Sicherheit Europas oder die Beendigung massenhafter, dauernder und schwerster Menschenrechtsverletzungen erfordern, dann muss Deutschland auch bereit sein, einen militärischen Beitrag zu leisten". Laut FDP müsse Deutschland seiner Verantwortung besser gerecht werden, auch durch eine stärkere Beteiligung an Auslandseinsätzen. Um Einsätze im Rahmen der EU und NATO zu erleichtern, will die FDP den Parlamentsvorbehalt „weiterentwickeln". Der Parlamentsvorbehalt verpflichtet die Regierung dazu, die Zustimmung des Bundestags zu einem Auslandseinsatz einzuholen.

Von Union, SPD, Grünen und FDP hebt sich die Linke ab. Sie will alle Soldaten aus Auslandseinsätzen zurückziehen. Während gerade Grüne und FDP Auslandseinsätze der Bundeswehr mit dem Schutz von Menschenrechten rechtfertigen, bekundet die Linke: „Wir stellen uns gegen jeden Versuch, Menschenrechte (...) als Kriegsbegegnung zu missbrauchen". Durch die Beteiligung und Unterstützung westlicher Militärinterventionen trage Deutschland Mitschuld an einer neuen Unordnung der Welt.

Im Programm der AfD fällt das Stichwort „Auslandseinsätze der Bundeswehr" kein einziges Mal. Im Kapitel zur Außenpolitik mit dem Untertitel „Deutsche Inte-

ressen durchsetzen" heißt es: „den Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen lehnt die AfD ab". Die AfD erklärt nicht, worin sich deutsche von fremden Interessen unterscheiden und welche Einsätze der Bundeswehr fremden Interessen gedient haben sollen. Andere Stellen lassen sich so lesen, dass sich die AfD gegen Auslandseinsätze zur Krisenintervention und zum Schutz von Menschenrechten stellt. Sie fordert eine strikte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und will die NATO

Zu den besprochenen Wahlprogrammen

- CSU/CSU: <http://bit.ly/2uBPdzJ>
- SPD: <http://bit.ly/2u4cYS3>
- Die Linke: <http://bit.ly/2tmBxrg>
- Bündnis 90/Die Grünen: <http://bit.ly/2uUSIVb>
- FDP: <http://bit.ly/2qVW1r5>
- AfD: <http://bit.ly/2s8E4YV>

Die Links führen direkt zum Download der jeweiligen PDF-Version des Wahlprogramms.

auf ein reines Verteidigungsbündnis beschränken. Zugleich möchte sie die Bundeswehr so reformieren, „dass deren Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster Intensität gewährleistet ist".

Bedingungen für Auslandseinsätze

Die Parteien, die sich für Auslandseinsätze der Bundeswehr aussprechen, widmen sich in unterschiedlichem Umfang deren Bedingungen. Die Unionsparteien belassen es bei einer allgemeinen außenpolitischen Aussage: „Unser internationales Handeln und unser Engagement erfolgen eingebunden in Bündnisse und internationale Organisationen". Die FDP beschränkt sich ebenso auf eine Bedingung: „Gewaltanwendung muss immer das letztmögliche Mittel in engsten Gren-

Fotos

Links: Deutsche Soldaten in Afghanistan nahe Kunduz, (Flickr: Wir.Dienen.Deutschland, CC BY-ND 2.0)

Rechts: Soldaten der Bundeswehr bei einer Übung der Friedenstruppe KFOR im Kosovo (© Bundeswehr/Sebastian Wilke)



zen sein, wenn alles andere bereits versucht wurde“. Die SPD hingegen nennt eine ganze Reihe von Voraussetzungen: internationale Kooperation, eine völkerrechtliche Grundlage, die Zustimmung des Bundestages und die Einbettung des militärischen Beitrags in ein politisches Gesamtkonzept. Die Grünen zählen die gleichen Bedingungen auf, fügen aber hinzu, dass sie Einsätze im Rahmen von „Koalitionen der Willigen“ ablehnen. Zudem mahnen sie zu einer sorgfältigen Abwägung von Chancen und Risiken.

Zu einer begründeten Aussicht auf Erfolg als Voraussetzung sagen CDU/CSU, SPD und FDP nichts, während sie bei den Grünen zumindest in der geforderten Abwägung von Chancen und Risiken durchschimmert. Entsprechend fordern nur die Grünen eine unabhängige Evaluierung der Auslandseinsätze. Ein solches Vorhaben traf im Bundestag lange auf breiten Widerstand, unter anderem mit dem Argument, eine solche Evaluierung verlagere die Verantwortung von der Politik auf die Wissenschaft. Auch gab es Zweifel, ob sich aus vergangenen Erfahrungen Schlüsse für neue Fälle ziehen ließen, da doch jeder Einsatz anders sei. Ein

weiteres, nicht vorgetragenes Motiv dürfte gewesen sein, sich nicht das Scheitern und die ungewollten Folgen derjenigen Einsätze vorhalten zu lassen, die in der eigenen Regierungszeit beschlossen wurden. Zuletzt zeigte sich in Reihen von Union und SPD größerer Zuspruch zu einer Evaluierung. Sie könne Hintergrundwissen liefern, um aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen, hieß es nun. In die Wahlprogramme dieser Parteien schaffte es die Evaluierung der Auslandseinsätze jedoch nicht. Das ist bedauerlich, könnten die Einsichten aus einer gut gemachten Evaluierung zwar nicht alle Unsicherheiten mit Blick auf einen neuen Einsatz beseitigen, wohl aber eine Entscheidung auf eine bessere Informationsgrundlage stellen und dabei helfen, die Prüfkriterien für Auslandseinsätze zu präzisieren.

Erklärt Euch!

Man mag die von SPD, Grünen und FDP genannten Bedingungen für Auslandseinsätze als zu vage und kaum handlungsleitend schelten. Doch immerhin legen sie dar, welche Gesichtspunkte bei anstehenden Entscheidungen über Auslandseinsätze sie als wich-

Auslandseinsätze der Bundeswehr

- Zwischen Mai 1992 und Oktober 2016 hat die Bundeswehr 40 Auslandseinsätze abgeschlossen, unter anderem in Kambodscha, Somalia sowie Bosnien und Herzegowina.
- Bis Juli 2017 sind 106 Bundeswehr-Soldaten bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommen, die meisten in Afghanistan. Ende Juli starben zwei weitere Soldaten beim Absturz ihres Hubschraubers in Mali.
- Laut Berechnung des Verteidigungsministeriums vom Januar 2016 verursachten die Auslandseinsätze einsatzbedingte Zusatzausgaben von rund 17 Milliarden Euro. Mit ca. 8,9 Milliarden Euro war der ISAF-Einsatz in Afghanistan der teuerste.
- Im August 2017 waren rund 3.400 Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz, die meisten in Mali, Afghanistan und im Kosovo.

Datenbasis: www.bundeswehr.de

Zum Autor

Dr. Thorsten Gromes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter an der HSFK. Er forscht zu Nachbürgerkriegsgesellschaften und humanitären militärischen Interventionen.



Kontakt gromes@hsfk.de

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27–31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-2512-627X

tig verstanden wissen wollen. Demgegenüber fällt auf, wie sich CDU und CSU davor scheuen, über allgemeine Erklärungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr hinauszugehen. Sie sagen kaum etwas dazu, warum sie solche Einsätze überhaupt für notwendig erachten und unter welchen Bedingungen sie diese beschließen würden, und das als politische Kraft, in deren Regierungszeit rund zwei Drittel der bisherigen Auslandseinsätze begannen. Der Wunsch nach einem kurzen Wahlprogramm kann das nicht erklären. Die Unionsparteien finden genug Platz für die nebensächlichen Forderungen, Bonn als Standort der internationalen Politik zu stärken und in München die Forschung zur Cyber-Sicherheit zu fördern. Stattdessen lässt sich ihre Strategie der vagen Aussagen und des Verzichts, Auslandseinsätze der Bundeswehr näher zu thematisieren, im Lichte von Erkenntnissen der Parteienforschung wie folgt auffassen: Sie soll innerparteiliche Konflikte vermeiden, durch fehlende inhaltliche Selbstbindung den Handlungsspielraum der Parteispitze erweitern und der politischen Konkurrenz keine Angriffsfläche bieten. Ein solches Herumdrukken lässt für die Zukunft alles offen: Eine Regierung mit CDU/CSU könnte Auslandseinsätze der Bundeswehr in Art und Ausmaß wie zuletzt fortsetzen, sie aber auch deutlich zurückfahren oder erheblich ausweiten. Gerade die letzten beiden Optionen verdienten eine Begründung. Leider verschließt sich das Programm der Unionsparteien der innerparteilichen und gesellschaftlichen Debatte dieser Frage. Noch viel härter als CDU/CSU trifft diese Kritik die AfD. Diese verpasst es,

überhaupt eine klare Grundsatzhaltung zu Auslandseinsätzen darzulegen. Der Linken kann man das nicht vorwerfen. Was auch immer die Wählerinnen und Wähler von der strikten Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr halten mögen, hier wissen sie wenigstens, woran sie sind.

Mehr zum Thema



Die Evaluation von Auslandseinsätzen diskutiert der Autor zusammen mit Matthias Dembinski in HSFK-Report Nr. 8/2016:

„Auslandseinsätze evaluieren. Wie lässt sich Orientierungswissen zu humanitären Interventionen gewinnen?“.

PDF-Download: <http://bit.ly/2w9AK2S>.

- Matthias Dembinski/Thorsten Gromes 2017: Ein Datensatz der humanitären militärischen Interventionen nach dem Zweiten Weltkrieg, Forschung DSF N° 44, PDF-Download: <http://bit.ly/2x3qKEX>.
- Unter www.humanitarian-military-interventions.com entsteht eine interaktive Weltkarte, die humanitäre militärische Interventionen nach dem Zweiten Weltkrieg dokumentiert.

PRIF SPOTLIGHT

Das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) ist das größte Friedensforschungsinstitut in Deutschland. Die HSFK analysiert die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte, erforscht die Bedingungen des Friedens und arbeitet daran, den Friedensgedanken zu verbreiten.

V.i.S.d.P.: Annabel Schmitz, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Baseler Straße 27–31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Design: Anja Feix · Layout: HSFK · Druck: Druckerei Spiegler



Textlizenz: Creative Commons (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/4.0 International). Die verwendeten Bilder unterliegen eigenen Lizenzbedingungen.